

Wahlprüfstein

Familienbetriebe Land und Forst e.V.

Thema 1: Entwicklung der Europäischen Verträge und Beitrittspolitik

Kein europäischer Vertrag war länger in Kraft als der Vertrag von Lissabon. Zu lange? Was muss sich ändern, um die Europäische Union fit zu machen für eine rauere Welt mit Kriegen und wirtschaftlichem Konkurrenzdruck? Können neue Mitglieder frische Impulse bringen?

Der Vertrag von Lissabon ist am 1. 12. 2009 in Kraft getreten. Er hat neue Kompetenzen auf die EU-Ebene übertragen sowie die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die EU schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren und mit einer Stimme sprechen muss. Da in vielen Bereichen, insbesondere in der Außenpolitik, das Prinzip der Einstimmigkeit gilt, braucht die EU oft sehr lange, um Kompromisse zu finden.

Das Europäische Parlament hat Änderungsvorschläge für die EU-Verträge vorgelegt. Es geht darum, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken. Dazu zählt, dass das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft und durch Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit ersetzt wird.

Die Diskussionen zur Erweiterung der EU haben gerade an Fahrt aufgenommen. Diese neue Dynamik kann auch notwendige Reformschritte beschleunigen, da neue Mitglieder erst aufgenommen werden sollten, wenn die Funktionsfähigkeit der EU auch künftig sichergestellt werden kann.

Thema 2: Leitmotiv der bevorstehenden Legislaturperiode

Der EU Green Deal war das Man-on-the-Moon-Projekt von Ursula von der Leyen für die Legislaturperiode seit 2019. Kriege, wirtschaftliche Verwerfungen und die Sorge um den Wirtschaftsstandort Europa sind seitdem zu drängenden Themen geworden. Was muss das Leitmotiv der kommenden Legislatur werden?

Wir richten unser Programm für Europa an drei Prinzipien aus, die für die SPD handlungsleitend sind:

Wir schaffen ein Europa der Zukunft. Wenn wir unsere Ressourcen und das Potenzial der Menschen in Europa bestmöglich nutzen, können wir aus dem notwendigen Wandel gesellschaftlichen Fortschritt für alle machen.

Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen, die sicherheitspolitischen Veränderungen und den Druck, dem sich die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen.

Wir wollen ein Europa des Respekts. Wir sind stolz darauf, dass Europa uns vielfältige Möglichkeiten bietet, unser Leben so zu leben, wie wir es wollen. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und ein sicheres und gutes Leben, egal woher man kommt oder wen man liebt.

Thema 3: Sicherheit, Verteidigung, Grenzschutz

Die Sicherung der europäischen Außengrenzen ist zu einer Herausforderung geworden. Fluchtbedingte Migrationsströme verlangen Abwägungen zwischen Grenzschutz und humanitärer Hilfe. Wie können Lösungen aussehen? Und braucht es zur Friedenssicherung für Europa eine eigene europäische Armee?

Es ist gut, dass sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt haben. Wir wollen, dass ein gemeinsames System nicht länger nur auf dem Papier existiert, sondern von allen Mitgliedsstaaten angemessen getragen wird und den schutzsuchenden Menschen in der Praxis Hilfe leistet. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für dieses Gemeinsame Europäische Asylsystem. Deshalb stellen wir klar, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen Standards immer auch in Grenzverfahren gewährleistet sein muss.

Die SPD hat schon lange die Vision einer europäischen Armee, denn wir wissen, dass durch gemeinsame Investitionen und Organisation unserer Streitkräfte wichtige Synergieeffekte erzielt werden können.

Thema 4: Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist das Herzstück der europäischen Integration. Ein wichtiges Instrument zur Sicherung des gleichen Wettbewerbs ist das Beihilferecht. Dieses behindert aber auch auf mitgliedstaatliche Förderprogramme, gerade im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Was lässt sich ändern?

Ein erfolgreicher sozialer und gerechter Umbau der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit kommt ohne öffentliche Förderprogramme nicht. Dem wird durch das EU-Beihilfenrecht ein Rahmen gesetzt. Das EU-Beihilfenrecht ist nicht blind für das geförderte öffentliche Gut, so dass Förderprogramme gerade im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung entweder gar nicht erst bei der Kommission angemeldet werden müssen oder bestimmte Beihilfen vom Beihilfenverbot freigestellt sind. In Bezug auf Förderprogramme, die nicht freigestellt sind, setzt sich die SPD dafür ein, Genehmigungsverfahren und Beihilfeprüfungen zu vereinfachen, ohne Schutzstandards abzusenken. Außerhalb des Beihilfenrechts wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren verschlanken und verkürzen. Dafür wollen wir etwa die Konzepte der sogenannten Go-to-Areas auf weitere Vorhaben ausdehnen oder Regionen unterstützen, die Räume ausweisen, in denen vernetzte klimaneutrale Industriestandorte mit guten Arbeitsplätzen entstehen.

Thema 5: Handels- und Außenwirtschaftspolitik

Der EU Green Deal hat in der Breite der europäischen Wirtschaft die Produktionsstandards angehoben, auch für die Land- und Forstwirtschaft. Wie soll verhindert werden, dass es damit zu Wettbewerbsnachteilen kommt? Welche Möglichkeiten bieten Handelsabkommen und Außenwirtschaftsrecht?

Der EU Green Deal weist den richtigen Weg für zukünftige Generationen. Die Handelspolitik muss darauf abzielen, diese Standards weltweit anzuheben. Umfassende Nachhaltigkeitskapitel und Klauseln zu grünen Investitionen sind Kernbestandteile unserer Handelsabkommen. Sie garantieren, dass unsere Handelsbeziehungen auf der Einhaltung von multilateralen Umweltabkommen beruhen, gleichzeitig Investitionen in grüne Technologien gezielt gefördert werden und die Kooperationen ausgebaut werden. Unsere Handelsbeziehungen gehen aber über Handelsabkommen hinaus. Daher sind die unilateralen Handelsmechanismen ausschlaggebend. In der letzten Legislaturperiode haben wir eine Reihe von Mechanismen entwickelt, die die globalen Produktionsstandards erhöhen. All diese Mechanismen führen direkt oder indirekt auch ähnliche Standards für die Land- und Forstwirtschaft in Drittländern ein. In der Zukunft geht es nun darum, diese Mechanismen weiterzuentwickeln und auf eine effiziente Umsetzung zu achten.

Thema 6: Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Energie

Der EU Green Deal ist eine Herausforderung für die Land- und Forstwirtschaft. Was kommt noch auf die Betriebe zu? Kann die Weiterentwicklung der GAP für die Zeit nach 2030 Entlastungen bringen? Wie kann eine europäische Energieversorgung aussehen, die Umweltschutz und niedrige Preise verbindet?

Für die Energieversorgung der Zukunft setzen wir auf erneuerbare Energie, insbesondere Wind- und Solarkraft, die mittel- bis langfristig die Stromkosten dauerhaft senken wird. Moore, Wälder und Wiesen wollen wir als natürliche CO₂-Speicher stärken, während wir die Nutzung von Kraft- und Brennstoffen, die aus Nahrungs- oder Futtermitteln hergestellt werden, ablehnen. Die Verwertung von Siedlungs- und landwirtschaftlichen Abfällen zur Produktion von Biogasen soll möglich bleiben.

Thema 7: Gebäude und Denkmale

Europa verfügt über ein reiches städtebauliches und baukulturelles Erbe. Wie kann dessen Erhalt und Weiterentwicklung gesichert werden? Lassen sich klimabedingte Gebäudeanpassungen und Denkmalschutz vereinbaren?

Die energetische Sanierung von Gebäuden in der EU muss mit dem Baukulturerbe und Denkmalschutz zusammengedacht werden. Um zu gelingen, muss der Weg zur Klimaneutralität sozial gestaltet sein und sicherstellen, dass (bau-)kulturelles Erbe in der Stadt wie auf dem Land erhalten bleibt. Insbesondere für Gebäude mit architektonischem oder historischem Wert gilt es daher, spezifische Lösungen zu finden oder ausreichend Flexibilität zu gestatten. Hinzu kommt die Notwendigkeit bessere Förderungsmöglichkeiten für die Sanierung von Gebäuden zu schaffen, die unter Denkmalschutz stehen oder in besonderem Maße zum baukulturellen Erbe beitragen. Denn von der Sanierung solcher Gebäude profitiert die Gesellschaft als Ganzes. Als SPD werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Neue Europäische Bauhaus mit ausreichender Finanzierung ausgestattet wird um den europäischen Rahmen für diese Herausforderungen zu setzen.

Thema 8: Haushaltspolitik und Steuern

Erhalt und Ausbau der europäischen Aufgaben kosten Geld. Wo kann die EU sparen? Wo braucht es mehr Mittel? Und woher soll das Geld kommen – über die Mitgliedsstaaten oder über eigene europäische Steuern?

Wir wollen die EU weiterentwickeln und sind bereit, ihren Haushalt entsprechend auszustatten. In den zentralen Politikbereichen der EU wollen wir mehr investieren, etwa für die Forschungspolitik sowie Investitionsprogramme für den sozialökologischen Übergang oder die Verteidigungs- und Migrationspolitik.

Finanzieren wollen wir das durch die Einführung neuer EU-Eigenmittel. Konkret geht es um Profite von Digitalunternehmen, die durch das Mindestbesteuerungsabkommen der OECD gedeckt sind. Außerdem wollen wir kurzfristig eine umfassende Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapier- und Devisentransaktionen sowie ein EU-Eigenmittel durch die Besteuerung von Aktienrückkäufen von Unternehmen einführen. Grundsätzlich soll für uns gelten, dass Einnahmen, die durch europäische Politiken entstehen, in den EU-Haushalt fließen. Das sind keine europäischen Steuern. Der Deutsche Bundestag behält auch in Zukunft seine Steuerhoheit.